

Imperialisten und Militaristen den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag aufzuzwingen. Das ist ein Vorschlag, der unserer Meinung nach ganz besonders der Entwicklung der internationalen Ereignisse seit 10 Jahren entspricht, denn gute Kompromisse haben die Verhinderung der Katastrophe ermöglicht. Diese Kompromisse waren deshalb möglich, weil die sozialistischen Länder eine durch sehr wirksame Verteidigungsmittel gestützte Friedenspolitik geführt haben.

Mit dem Kampf um einen Nichtangriffspakt verbinden wir eine Aktion, die von der belgischen Regierung konkrete Abrüstungsmaßnahmen, die Beseitigung der Militärstützpunkte im Ausland und die Normalisierung der internationalen Beziehungen fordert (Anerkennung der DDR, Unterstützung der Umwandlung Westberlins in eine neutrale und friedliche Stadt, Anerkennung der Volksrepublik China).

Unsere Partei wird ihre Arbeit für den Frieden dadurch weiterentwickeln, daß sie die belgische Regierung zwingt, günstige Positionen im Hinblick auf die Entspannung einzunehmen. 1961 hat Außenminister Spaak mit Genossen Chruschtschow beraten. Seither hat er sich jedoch weiterhin an die NATO-Politik gehalten. Wir ziehen daraus nicht die Schlußfolgerung, daß die Unterredungen zwischen den Staatsmännern der kapitalistischen und der sozialistischen Länder unnütz oder gefährlich seien. Vielmehr glauben wir, daß wir noch mehr für die vollständige Isolierung der Ultras, der Fanatikergruppen des kalten Krieges, kämpfen müssen. Es ist notwendig, der öffentlichen Meinung dazu zu verhelfen, kontinuierlich und nicht nur in Augenblicken zugespitzter Krisen ihren Friedenswillen zum Ausdruck zu bringen.

Die Erfolge der Politik der friedlichen Koexistenz und der Zusammenbruch des Kolonialsystems, unter anderem in Kongo, bringen die kapitalistischen Monopole unseres Landes in eine unangenehme Lage. Sie können ihre ständige Aktion zur Verschlechterung der Lebensbedingungen der Werktätigen, die im Kapitalismus eine objektive Tendenz ist, nicht einfach fortführen.

So konnten in den vergangenen Jahren des Friedens die Werktätigen unseres Landes bedeutende Kämpfe gegen den sozialen Rückschritt führen.

So sahen die kapitalistischen Monopole und ihre Politiker ihre Pläne durch den Streik vom Dezember 1960/Januar 1961, der ohnegleichen für unser Land war, durchkreuzt. Unsere Partei und die belgischen Werk-